



Studiengebühren schrecken ab

Pressemitteilung von Nele Hirsch, 31. Oktober 2008

"Studiengebühren sind unsozial und schrecken vom Studium ab. Daran ändern auch anderslautende Interpretationen von Bundesbildungsministerin Annette Schavan zu den Ergebnissen ihrer Studie nichts", kommentiert Nele Hirsch die heute endlich veröffentlichte Studiengebührenstudie des Bundesbildungsministeriums. Die bildungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE weiter:

"Das Bundesbildungsministerium hat die heute veröffentlichte Studie über Monate unter Verschluss gehalten. An den Ergebnissen ändert das nichts. Bis zu 18.000 Studieninteressierte haben im Jahr 2006 aufgrund der Gebühren auf die Aufnahme eines Studiums verzichtet. An dieser Zahl kommt Annette Schavan nicht vorbei. Die Forschungsergebnisse lassen nur einen Schluss zu: Wer nicht will, dass junge Menschen aus sozialen Gründen vom Studium abgehalten werden, muss sich für ein gebührenfreies Studium einsetzen.

Von denjenigen Studienberechtigten, die auf ein Studium verzichten, sagt jeder vierte:

Studiengebühren übersteigen meine finanziellen Möglichkeiten. Unter den Frauen sind es sogar 31 Prozent. Außerdem verzichten Studienberechtigte aus Elternhäusern mit Universitätsabschluss deutlich seltener aus finanziellen Gründen auf ein Studium als Studienberechtigte, deren Eltern eine Lehre absolviert haben. Das ist alles wenig überraschend. Wer von den Eltern vermittelt bekommt, dass ein Studium selbstverständlich ist, lässt sich auch von Studiengebühren nicht abschrecken. Wer dagegen aus einem nichtakademischen und finanzschwachen Elternhaus kommt, schreckt leicht davor zurück, sich für ein Studium zu verschulden.

Es ist wenig hilfreich, dass Annette Schavan die Studienberechtigten nun auf das BAföG verweist. Die Ausbildungsförderung deckt die realen Lebenshaltungskosten schon seit vielen Jahren nicht mehr. Für Studiengebühren sieht es exakt null Euro vor. Das einzige, was Annette Schavan den Studierenden zur Finanzierung von Studiengebühren anbietet, sind Kredite. Nicht erst seit der Veröffentlichung der neuen Studie ist klar, dass mit dieser Politik die soziale Auslese beim Hochschulzugang verschärft wird. Die Bundesbildungsministerin muss endlich umsteuern und von den Ländern im Rahmen der laufenden Verhandlungen über die Fortsetzung des Hochschulpaktes die Abschaffung von Studiengebühren einfordern. DIE LINKE lehnt Studiengebühren in jeder Form ab. Sie gehören bundesweit abgeschafft. Hessen hat es vorgemacht, jetzt müssen die anderen Länder folgen."

